

Ich kann nur sagen: Wer die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland auf eine so genannte große Steuerreform vertröstet und hofft, dabei komme etwas für die Kommunen heraus, und gleichzeitig die Abschaffung der Gewerbesteuer fordert, nämlich 14,5 Milliarden € einfach streicht und sie den Kommunen wegnimmt, der muss die Frage beantworten, wie er bei allen Vereinfachungen und bei allen anderen Zielen der Reformierung unseres Finanzierungssystems in Deutschland den Kommunen auf Dauer eine verlässliche Einkommensquelle sichern will. Diese Antworten geben weder CDU/CSU noch FDP. Diese Antworten haben bisher nur die Koalitionsfraktionen in Berlin, Kommunen und kommunale Spitzenverbände und Regierung und Koalition in Nordrhein-Westfalen gegeben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich warte auf alternative Vorschläge, meine Damen und Herren, die den Kommunen wirklich helfen. Solange das nicht der Fall ist, solange man sich an Spekulationen beteiligt, betrachte ich alles andere als Luftbuchungen, als das Setzen auf das Prinzip Hoffnung, das wir im Interesse unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht mitmachen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Behrens. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir sind damit am Schluss der Beratungen.

Wir kommen damit zur **Abstimmung** über das **Gemeindefinanzierungsgesetz**. Wir stimmen erstens über das Gemeindefinanzierungsgesetz entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4817 ab. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung stimmen wir nun ab über die **Rücküberweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den Haushalts- und Finanzausschuss. Wer ist für diese Rücküberweisung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Rücküberweisung einstimmig **beschlossen** worden.

Meine Damen und Herren, wir holen nunmehr die ausgesetzten **Abstimmungen zu Einzelplan 14** nach, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4915**, Stichwort: Sportförderung. Das ist die

laufende Nummer 11 in der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für diesen Änderungsantrag der Fraktion der FDP? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt** worden.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4925**, Stichwort: Übungsleiter. Das ist die laufende Nummer 12 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für diesen Änderungsantrag der Fraktion der CDU? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag der CDU mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt** worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Einzelplan 14** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4814. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, wir verlassen jetzt den Bereich Gemeindefinanzierungsgesetz. Ich rufe den **Bereich 6** auf:

Innenministerium

Damit ist der Einzelplan 03 - Innenministerium - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4803 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Theo Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat der Opposition heute Morgen unter dem Tagesordnungspunkt 1 vorgeworfen, den Bezug zur Realität verloren zu haben. Ich möchte daran erinnern, dass in Kürze die Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2003 veröffentlicht wird. Sie wird in dramatischer und erschreckender Fortsetzung der letzten Jahre erneut verdeutlichen: Die Bilanz für das abgelaufene Jahr ist miserabel und die Perspektive für das vor uns liegende aufgrund der Haushaltslage düster. Das ist die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen, und das sollte auch Ihnen nicht entgangen sein, Herr Finanzminister.

Für eine Kehrtwende, für ein klares Signal zur Bekämpfung von Kriminalität jedweder Form fehlt in

Nordrhein-Westfalen nicht nur die Kraft, sondern auch der politische Wille der rot-grünen Fraktionen und der Landesregierung. Dafür tragen Sie, Herr Minister Behrens, in besonderer Weise die Verantwortung.

Welche Konzepte hat Rot-Grün z. B. bei der Bekämpfung der Alltags- und Massenkriminalität, um endlich bessere Ergebnisse zu erzielen? Denn sie wird in Nordrhein-Westfalen nicht bekämpft, sondern nur noch verwaltet. Eine mit beträchtlichem Zeit- und Personalaufwand verbundene Ermittlung, die zur Aufklärung etwa eines Diebstahls führen könnte, findet im Bereich der Alltagskriminalität kaum noch statt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind keine leeren Phrasen, wenn nicht nur die Opposition, sondern auch alle Polizeigewerkschaften und zahlreiche Polizeipräsidenten und Landräte gerade im abgelaufenen Jahr immer wieder darauf aufmerksam gemacht haben, dass es zu einem Ausverkauf der inneren Sicherheit kommt, wenn finanzielle und personelle Kürzungen verordnet werden, deren Ausmaß dem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit zuwiderlaufen.

Sie täuschen, Herr Minister Behrens, innere Sicherheit zunehmend vor und bauen in der Tat Potemkinsche Dörfer auf, wie es der GdP-Landesvorsitzende Werner Swienty formulierte, wenn Sie zulassen, dass leere, unbesetzte Streifenwagen an den Autobahnen stehen und dies auch noch als Erfolg feiern. Was passiert da tatsächlich, bzw. wie soll sich ein Bürger verhalten, der wirklich Hilfe braucht und einen unbesetzten Streifenwagen vorfindet? Es ist unseriös, unlauter, wie hier mit dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gespielt wird.

Vor wenigen Wochen gewährten Sie - dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken - mithilfe einer Broschüre (Erstauflage November 2003) zusätzliche Einblicke in die Strukturen und Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in unserem Bundesland. Auf Seite 9 unter "2.2.2 Die Polizei in Nordrhein-Westfalen" ist nachzulesen, dass - mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich zitieren - die Polizei die notwendigen, unaufschiebbaren Maßnahmen zur Gefahrenabwehr trifft. Im nächsten Satz heißt es:

"In erster Linie sind allerdings die Ordnungsbehörden der Kommunen zuständig."

Herr Minister, wir sind allerdings der Meinung, dass die Synergieeffekte und Bündelungsvorteile - etwa im Straßenverkehr, beim Rettungsdienst einschließlich Feuer- und Katastrophenschutz,

dem Ausländerwesen, der Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs und bei der Schwarzarbeit, im Waffenwesen, bei der Jugendhilfe, bei ordnungsbehördlichen Aufgaben und der Amtshilfe sowie bei der Kriminalprävention und bei den kommunalen Ordnungspartnerschaften - besser als bisher genutzt werden müssen.

Allerdings sind unserer Vorstellung nach die Kommunen nicht in erster Linie für die Gefahrenabwehr zuständig. Die muss endlich eine klassische hoheitliche Aufgabe der Polizei werden.

Wenn wir Ihrer Überlegung folgen, dann sorgen Sie doch endlich dafür, dass den Kommunen nicht zunehmend ihr finanzieller Handlungsspielraum genommen wird. Verhindern Sie, dass weitere Polizeiwachen geschlossen werden und die Personaldecke der Polizei ausgedünnt wird, Personal abgebaut wird und in den nächsten Jahren über 2.000 Planstellen eingespart werden - und das vor dem Hintergrund steigender Kriminalität und von Aufgabenzuwächsen bei der Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Die Kollegen von Rot-Grün werfen uns gelegentlich vor - Herr Jentsch und Frau Düker, jetzt spreche ich Sie an -, die CDU-Fraktion beherrsche das System der Wiedervorlage glänzend.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Da haben Sie auch Recht!)

Ich sage es in aller Nüchternheit: Darauf sind wir ausdrücklich stolz. Wir werden uns in diesem und im nächsten Jahr dafür einsetzen, dass das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung besser bedient und die Situation der Polizei besser wird, als das zurzeit der Fall ist. Wir brauchen ein besseres Polizeigesetz. Wir sind für die Einführung verdachtsunabhängiger Kontrollen. Wir plädieren für klare Regelungen auch beim finalen Rettungsschuss.

Unter einer CDU-geführten Landesregierung werden wir die Polizei wieder für die öffentliche Ordnung zuständig sein lassen. In aller Nachdenklichkeit sage ich: Wer in der inneren und äußeren Sicherheit eine Politik nach Kassenlage betreibt, wer polizeiliche Arbeit zunehmend nach betriebswirtschaftlichen Kriterien bewertet und diese klassische hoheitliche Aufgabe scheibchenweise dem Diktat des Finanzministers opfert und zulässt, dass das private Sicherheitsgewerbe blüht, wird nicht nur auf den Widerstand der CDU-Fraktion stoßen, sondern wird vor allen Dingen den Herausforderungen, vor denen wir in Nordrhein-Westfalen stehen, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Bis in die letzten Tage hinein hat die rot-grüne Landesregierung kein einziges substanzielles Wort zur inneren Sicherheit und deren notwendigen Verbesserung gesagt: keine Kriminalitätsprognose, kein Blick in die Zukunft. Die Einsetzung einer Kommission zur notwendigen Strukturreform bei der Polizei reicht nicht, sondern ist in Wirklichkeit die bittere Erkenntnis dafür, dass die von Ihnen durchgeführte Neuorganisation in der ersten Hälfte der 90er-Jahre gescheitert ist.

Herr Minister, ich teile Ihre Einschätzung, dass weder der Ministerpräsident noch der Finanzminister oder Sie in allen Reden die innere Ordnung und die Situation der Polizei als Themen entsprechend einbringen können. Aber noch am 14. Januar äußerte Ministerpräsident Steinbrück in einem Interview mit den "Westfälischen Nachrichten", dass man sich auf die wichtigen Felder in der politischen Arbeit konzentrieren wolle. In Fortsetzung der Reden der vergangenen Jahre auch hier Fehlanzeige für die Themen "Bekämpfung der Kriminalität" und "Situation der Polizei". Diese Themen werden mit keinem einzigen Wort erwähnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nur ganz kurz auf den Umgang der rot-grünen Landesregierung mit dem öffentlichen Dienst und der Polizei im abgelaufenen Jahr eingehen. Niemand - auch die CDU insgesamt nicht - bestreitet die Notwendigkeit von Reformen im öffentlichen Dienst, vom sparsamen Umgang mit den knappen Finanzen und dem Personal, aber auch die Notwendigkeit des Aufgabenabbaus unter Senkung der Personalkostenquote und einer vermehrten Privatisierung öffentlicher Leistungen. Wie diese rot-grüne Landesregierung jedoch mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und somit auch der Polizei umgeht, war laienhaft, kurzichtig, abenteuerlich und auch unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Der Frust sitzt tief in den Polizeidienststellen. Herr Minister, dafür tragen Sie zwar nicht allein, aber dennoch als zuständiger Fachminister die Schwerpunktverantwortung. Wenn aufgebrachte Führungskräfte eine Rede von Ihnen, Herr Staatssekretär Krings, mit dem Verlassen des Saales quittieren, wie dies am 28. Oktober des vergangenen Jahres der Fall war, ist ein Zustand erreicht, der zumindest mich mit Sorge erfüllt und auch Sie, Herr Minister, nicht gleichgültig lassen kann.

Wenn Reformen der Landesregierung noch nicht einmal Führungskräften erklärbar sind, was erwar-

ten Sie dann eigentlich von dem ganz normalen belasteten Beamten im Wach- und Wechseldienst? Wie bewerten Sie eigentlich tatsächlich die besondere Belastung im Polizeiberuf? Sind Sie wirklich der Auffassung, dass längere Lebensarbeitszeiten zu einer Verbesserung der inneren Sicherheit führen werden? Haben Sie schon einmal über die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten nachgedacht?

(Minister Dr. Fritz Behrens: Ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Einzelplan 03 wird natürlich auch das Aufgabenfeld der inneren Verwaltung insgesamt und somit der Bürokratieabbau mit allen Facetten, die man in dem Zusammenhang vortragen kann, diskutiert. Es reicht aus unserer Sicht hinten und vorne nicht aus, Erlasse aus den 50er- und 60er-Jahren zu streichen und sich damit auch noch öffentlich als Wohltäter darzustellen. Es reicht nicht aus, Modellregionen einzurichten. Es ist zu wenig, allein das Ruhrgebiet zu stärken, um dort die projektorientierte Arbeit besser bündeln zu können, wie dies der SPD-Generalsekretär Groschek in der letzten Woche in der gemeinsamen Sitzung des Innenausschusses und des Ausschusses für Kommunalpolitik formuliert hat. Das ist für mich ein ideologischer und unerträglicher Denkansatz.

Wenn der Ministerpräsident keinen Kulturkampf über die Mittelinstanzen anzetteln will, kann man nur sagen, dass die gesamte rot-grüne Landesregierung immer noch nicht begriffen hat, dass die Menschen in Lebensräumen denken, nicht aber in Verwaltungsstrukturen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Kruse, Sie müssen zum Schluss kommen.

Theo Kruse (CDU): Rot-Grün hat nicht begriffen, dass örtliche und kommunale Freiräume eben nicht nur zu negativen Entwicklungen führen müssen. Rot-Grün hat auf diesem dringend erforderlichen Bürokratieabbaufeld nach wie vor eine ideologische Blockade und möchte weder dem Bürger noch dem Land - und damit uns allen nicht - mehr Eigenverantwortung geben.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Kruse, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Frank Baranowski [SPD]: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Theo Kruse (CDU): Das ist der eigentliche Unterschied zur Union. Auch deswegen, Herr Bara-

nowski, lehnen wir den Einzelplan 03 ab. - Ich bedanke mich auch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. - Für die SPD spricht jetzt Herr Jentsch.

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kruse, diese Rede hätten Sie einmal in Hessen halten sollen. Herr Koch hätte Ihnen wahrscheinlich die rote Karte gezeigt.

(Theo Kruse [CDU]: Machen Sie doch einmal Ihre Arbeit!)

Aber wir sind es ja von Ihnen gewohnt, dass Sie ansonsten nicht viel zu bieten haben. Herr Kruse, ich bin aber froh darüber - das sage ich auch ganz deutlich -, dass Sie lernfähig sind. Auf einmal geben Sie zu, dass wir eine Strukturreform bei der Polizei brauchen. Ich freue mich schon auf die Debatte, die wir irgendwann einmal dazu führen werden. Aber es stellt sich heraus: Langsam wächst die Lernfähigkeit der CDU in dieser Frage. Das ist eine tolle Geschichte.

Wenn Sie davon reden, der Polizei Aufgaben wegzunehmen, sage ich Ihnen: Sie wollen wieder neue Aufgaben für die Polizei. Was soll das denn? Wir regeln das zwar vernünftig, aber Sie kommen immer wieder mit etwas Neuem.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt zeigen wir, dass wir auch in Krisensituationen einen klaren Kopf behalten, die notwendigen Aufgaben mit Sachverstand angehen und damit das Heft des Handelns in der Hand behalten. Sicher, uns geht es nicht besser als allen anderen Bundesländern auch. Aber wir beweisen, dass man mit geringeren finanziellen Ressourcen wirtschaften kann.

Die innere Sicherheit ist ein Zeichen unserer Stärke in einer Zeit des Umbruchs. Rund 3 % Zuwachs - sehen Sie einmal in die anderen Länderhaushalte. Dies macht uns kaum ein anderes Land nach.

Damit ist die innere Sicherheit neben der Bildung und dem Kampf um mehr Arbeitsplätze der Garant einer zukunftsweisenden Landespolitik. In Nordrhein-Westfalen können sich die Menschen auch künftig auf eine Polizei verlassen - sie hat in den letzten Jahren erhebliche Reformen erlebt -, die im Kampf gegen die internationale kriminelle Gewalt fachlich und technisch hervorragend aufgestellt ist. Das soll auch so bleiben. Wir sind stolz auf die Meilensteine, die wir in Nordrhein-

Westfalen gesetzt haben und die jetzt auch von den anderen Bundesländern übernommen werden.

(Lachen bei der CDU)

- Ja, darüber können Sie lachen. Sehen Sie sich einmal an, was die anderen Bundesländer mittlerweile alles von uns übernehmen. Machen Sie sich einmal schlau.

Unsere Politik mit Augenmaß ist eben auch ein hervorragender Exportartikel. Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn war einer dieser Meilensteine in der Anerkennung der polizeilichen Arbeit. Wir wollen Qualität; wir erwarten allerdings auch Qualität. Deswegen gehen wir davon aus, dass in der Ausbildung und in der Fortbildung noch mehr fachliche Akzente gesetzt werden.

Der neue Zwei-Jahres-Haushalt schafft auch hier die richtigen und notwendigen Voraussetzungen, ohne sofort Zeitdruck zu schaffen. Dies gilt auch für die Reformbestrebungen einer gestrafften und zielorientiert aufgebauten neuen Behördenstruktur innerhalb der Polizei. Anscheinend haben wir auf einmal doch etwas gemeinsam.

Diese Reformvorhaben müssen fortgesetzt werden. Unsere Nachbarn - wir brauchen bloß über die Ländergrenzen zu sehen - sind da oft schon weiter. Dies gilt auch für eine neue Standortbestimmung der Aufgaben des öffentlichen Personals.

Deswegen begrüßen wir, dass auch der Beamtenbund die Zeichen der Zeit erkannt hat und mit seinen Vorschlägen in der Reformdebatte positive Ansätze entwickelt. Hier werden wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ihren Gewerkschaften neue Wege erkunden und modellhaft erproben.

Aber auch unsere Verwaltungsstrukturreform ist in einer ständigen Weiterentwicklung begriffen. Das heißt, auch hier müssen wir neue Wege und neue Voraussetzungen schaffen, damit das Verwaltungshandeln noch stärker auf die Interessen der Kunden, der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Handwerksbetriebe ausgerichtet wird. Die Bull-Kommission hat uns hierfür beachtliche Vorgaben geliefert.

Deswegen ist jetzt die Politik gefordert. Anstelle immer neuer Gesetze, die wiederum neue Richtlinien und neue Erlasse auslösen, brauchen wir einen drastischen Abbau der Vorschriften und Verordnungen. Auch brauchen wir endlich überall Verfallsdaten.

Deswegen begrüßen wir ausdrücklich das Vorhaben der Landesregierung, in der kommenden Woche das erste Gesetz zur Befristung des Landesrechts im Landtag einzubringen. Die Politik wird auch hier nur dann glaubwürdig, wenn sie den Menschen, statt immer mehr vorschreiben zu wollen, endlich wieder Freiheiten zurückgibt, die dann ein verantwortliches Handeln auslösen. Das bedingt aber auch, dass wir die Menschen mitnehmen, aufklären und in die Reformdebatte einbeziehen, damit sie nicht das Gefühl bekommen, zu den Benachteiligten zu gehören.

In einer globalisierten Welt, in der der Frieden deswegen unsicher geworden ist, weil einige Menschen in ihrer Verblendung und aufgrund ihrer Unterdrückung zu lebenden Bomben werden, die ohne Rücksicht auf das Leben andere Leben auslöschen, brauchen wir Antworten, um diesem Bedrohungspotenzial begegnen zu können.

Hysterie oder Angstmacherei wären dabei allerdings die falschen Ratgeber. Wir brauchen einen kühlen Kopf, aber auch eine Politik, die diesen Menschen wieder Hoffnung gibt. Mit den beiden Sicherheitspaketen haben wir angemessen auf das von den Extremisten ausgehende Bedrohungspotenzial reagiert. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, damit im Ernstfall die Feuerwehren einschließlich aller Hilfsorganisationen in der Lage sind, Katastrophen zu meistern. Auch auf diesem Feld werden wir die Entwicklung künftig sorgfältig beobachten und entsprechen reagieren.

Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten intensiv mit der DNA-Analyse beschäftigt. Wir haben dazu eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt, die uns Chancen, aber auch Risiken des genetischen Fingerabdrucks aufgezeigt haben. In unserem Entschließungsantrag haben wir die unterschiedlichen Positionen dargestellt und die Landesregierung aufgefordert, weitere Möglichkeiten eines effektiven Einsatzes der DNA-Analyse zu prüfen und darüber dem Landtag zu berichten.

Ich verhehle nicht, dass ich Sympathien für einen erweiterten Einsatz habe. Herr Engel, was nützt aber das ständige Meckern über die Kriminalitätsentwicklung, wenn wir der Polizei keine geeigneten Bekämpfungsinstrumente an die Hand geben? Ich bin mir sicher, dass die DNA-Analyse in einigen Jahren zu einem ganz normalen Instrument der Kriminalitätsbekämpfung geworden ist.

Aber - das müssen wir bei allen Fortschritten berücksichtigen - wir müssen die Menschen und ihre Ängste vor einer Ausforschung ihres Genmateri-

als ernst nehmen. Wir müssen sie mitnehmen und dürfen nicht über ihren Kopf hinweg entscheiden. Deshalb kommt eine Abschaffung des Richtervorbehalts zum jetzigen Zeitpunkt für uns nicht in Betracht.

Trotz aller Haushaltszwänge vergessen wir allerdings auch nicht die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, um so für einen gesicherten Zeitraum Ruhe und Abstand von Kriegswirren zu finden. Deswegen werden wir die entsprechenden Haushaltstitel überrollen. Damit bekommen die Wohlfahrtsverbände auch eine zweijährige Planungssicherheit.

Dieser Haushalt macht deutlich: Die innere Sicherheit bleibt auch künftig der Dreh- und Angelpunkt unseres politischen Handelns. Sie sorgt für Stabilität und Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Damit sie funktioniert, brauchen wir auch weiterhin die Unterstützung in Elternhaus und Schule und in der Arbeitswelt, damit Kriminalität erst gar keine Chance bekommt.

Ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die Kriminalität sind aber auch die Ordnungspartnerschaften, ein Erfolgsmodell für mehr Sicherheit, auf das wir in Nordrhein-Westfalen stolz sein können. Ordnungspartnerschaften tragen wesentlich dazu bei, die öffentliche Sicherheit und damit die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. In Nordrhein-Westfalen arbeiten Polizei, Schulen, Verkehrsbetriebe, Wirtschaftsunternehmen, Städte und Gemeinden mittlerweile in rund 850 Einzelprojekten zusammen. Wir müssen unsere Bemühungen auf diesem Gebiet weiter verstärken. Trotz knapper Gelder setzen wir deshalb auch hier weiter unseren politischen Schwerpunkt.

Wir wollen, dass beispielsweise die Zusammenarbeit von Polizeibeamten und Bediensteten der Ordnungsbehörden auf ihren gemeinsamen Streifengängen weiter ausgebaut wird. Durch ihre sichtbare Präsenz und den engen vertrauensvollen Kontakt zu den Menschen, wird die Sicherheit in den kontrollierten Bereichen objektiv wie subjektiv nachhaltig gestärkt. Andere erfolgreiche Projekte, wie die Initiative Fahrzeugbegleiter oder Streitschlichterprogramme für Schülerinnen und Schüler verdienen unsere uneingeschränkte Anerkennung.

Ich sage allen Dank, die sich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als Polizist oder in einem Ehrenamt einsetzen. Sie leisten alle einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft in unserer Gesellschaft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Jentsch. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Engel das Wort.

Horst Engel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die FDP will aus unserem Land Nordrhein-Westfalen, das Land mit den kürzesten Auftrags- und Genehmigungsverfahren machen. Das schafft Attraktivität, das sichert den Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort Nordrhein-Westfalen. Das bringt neue Betriebe, Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das bringt neue Investoren, neues nationales und internationales Kapital. Das nimmt die Menschen mit, führt sie aus der Depression heraus und ist der erste Schritt für eine neue Anerkennungskultur.

Deshalb fordert die FDP die Abkehr vom vielstufigen und hemmenden Verwaltungsaufbau, die Abkehr von Doppelstrukturen. Die schlanke aufgabenorientierte Aufstellung der inneren Verwaltung muss endlich Lebenswirklichkeit werden. Die FDP fordert Sie auf, Herr Innenminister: Nehmen Sie die Aufgabenkritik endlich ernst! Geben Sie Kompetenzen nach unten ab, bündeln Sie - weniger ist mehr! Stärken Sie Kommunen und Kreise! Schaffen Sie endlich mehr Luft für bürgernahes Verwaltungshandeln statt ständiger staatlicher Gängelei! Eine komplette Ebene kann entfallen. Sie kostet und lähmt Antrags- und Genehmigungsverfahren.

Ich unterstreiche noch einmal: Die FDP will aus dem Land Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit dem kürzesten Antrags- und Genehmigungsverfahren machen.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Das haben wir schon, Herr Engel!)

- Ich bin gleich auf Ihren Vortrag gespannt.

Die NRW-Wirklichkeit sieht leider völlig anders aus: Ankündigungen, zwei Schritte vor, ein Schritt zurück. Deshalb steht Rot-Grün heute vor einem Scherbenhaufen.

(Oh-Rufe von der SPD)

396 Kommunen - Kollege Rasche hat das vorhin eindrucksvoll vorgetragen - gehen finanziell am Stock, viele ohne Perspektive, ihre Haushalte ausgleichen zu können, und es gibt keinerlei Regierungsanstöße, um teure und überflüssige Doppelstrukturen abzubauen. Während auf der einen Seite z. B. öffentlich bestellte Vermessungsbüros Personal abbauen, sogar ihre Büros schließen müssen, machen ihnen täglich Vermessungsämter, für die die kommunale Familie dreistellige Mil-

lionenbeträge ausgeben muss, den kleiner gewordenen Auftragskuchen streitig.

Kein Mut zum Handeln, keine Idee für innovative Konzepte, so auch bei der Altersversorgung nach Kassenlage. Länger Arbeiten bei weniger Geld, das ist der rot-grüne Weg, ein Irrweg, der z. B. ärztliche Gutachten über den gesundheitszehlenden Dienst von Feuerwehr und Polizei nicht ersetzen kann. Kein Wunder, dass jüngst in Wuppertal Feuerwehrbeamte ihren Notrufmelder abgegeben haben und in Kamen - Kollege Kruse hat es erwähnt - leitende Polizeibeamte den Saal verließen, als Innenstaatssekretär Hans Krings für diesen rot-grünen Weg - wir sagen: Irrweg - seine Überzeugungsrede hielt. Von den Großdemonstrationen auf der Landtagswiese will ich gar nicht erst sprechen.

Inhaltsleerer Sparzwang führt nicht aus der selbst verschuldeten Krise. Der Staat schuldet die Pensionslasten. Wir wollen diese Pensionslasten durch einen Kapital gedeckten Pensionsfonds oder ein Versorgungswerk schultern, das dem Zugriff durch den Finanzminister dauerhaft entzogen ist. Das ist das Ziel, Herr Innenminister.

Durch diese von Rot-Grün selbst verschuldete Krise mussten in den letzten fünf Jahren 37 Polizeiwachen schließen. Weitere Schließungen sind offensichtlich im Gespräch. Mehr noch: Polizisten müssen sich im Streifendienst mit zu knapp bemessenen Kilometerbegrenzungen herumschlagen. Auf Autobahnen - Kollege Kruse hat es erwähnt - "beobachten" leere Streifenwagen den Verkehr.

Trotz eines dreistelligen Millionenaufwandes an Steuergeldern und einer inzwischen guten PC-Ausstattung der Polizei sind immer noch zeit- und personalaufwendige Mehrfacheingaben notwendig, weil die Softwarevernetzung - auf Neudeutsch: Workflow - einfach immer noch nicht funktioniert, nicht zu verwechseln mit der Hardwarevernetzung mit Kabel von PC zu PC. Also: Die Anzahl der Bildschirme auf den Wachtischen ist kein Hinweis darauf, dass alles in Ordnung ist. Der Workflow, das Entscheidende, funktioniert immer noch nicht.

Statt die Mittel für den ökologischen Landbau von 8 auf 20 Millionen € mehr als zu verdoppeln, wohl wissend, dass sich die Preise dieser teuer produzierten Produkte im freien Fall befinden, wäre es besser gewesen, in die innere Sicherheit zu investieren. Über 30 Jahre alte Handfunkgeräte - älter als so mancher Polizeibeamter, der sie im täglichen Dienst braucht - behindern die Verbrechensbekämpfung. Flächendeckender, abhörsi-

cherer und nicht durch Funklöcher beeinträchtigt digitaler Polizeifunk - Fehlanzeige.

Daran ändert übrigens auch Ihr Antrag Drucksache 13/4903 nichts. Das ist eine reine Absichtserklärung. Damit haben Sie noch keine einzige digitale Funkantenne errichtet und auch kein einziges zusätzliches digitales Funkgerät angeschafft.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Aachen!)

- Aachen ist Pilotprojekt gewesen, völlig richtig. Aber dann könnten Sie doch anfangen. Tun Sie es bitte!

Im Bereich des Polizeifunks spielt Nordrhein-Westfalen inzwischen - auch das konnten wir in den Zeitungen lesen - mit Albanien in der gleichen Analog-Liga. - Traurig.

(Frank Baranowski [SPD]: Die FDP spielt auch in Albanien!)

Über 1,5 Millionen Straftaten werden für 2003 die bisherigen Kriminalstatistiken sprengen. Obwohl wir ihnen Konzepte für eine aufgabenorientierte, zweistufige Polizeistrukturereform vorgelegt haben, ohne Ebene der Bezirksregierung, die durchgerechnet über 3.000 Beschäftigte zurück in den operativen Dienst bringen würde, haben Sie nur ---

(Frank Baranowski [SPD]: Wer hat das gerechnet? Wer denn?)

- Herr Baranowski, wir haben das gerechnet. Sie bedienen sich der Landesregierung. Das ist Ihr gutes Recht. Wir müssen die Aufgaben selber machen. Wir erledigen sie aber genauso sorgfältig.

(Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Über 3.000 Beschäftigte würden durch diese Strukturreform gewonnen und zurück in den operativen Dienst gebracht werden können. „Operativer Dienst“ heißt: Wir stärken die Polizeiinspektionen, die Kommissariate und die Wachen. Wir wollen damit eine bürgernähere Polizei.

(Frank Baranowski [SPD]: So einfach ist das!)

Alles andere, was da kolportiert wird, ist fachlich falsch und war auch niemals beabsichtigt. Sie haben mit dem Einsetzen einer Kommission reagiert. Damit ist wertvolle Zeit vertan. Das Ziel, zur Fußballweltmeisterschaft eine neue, aufgabenorientierte Polizei zu erreichen, ist verfehlt.

(Frank Baranowski [SPD]: Wer hatte denn dieses Ziel?)

Auch im Jahr 2005 wird es nicht gelingen, denn das Einüben einer neuen Verwaltungsstruktur mit neuen Entscheidungswegen braucht anderthalb Jahre, bis es funktioniert. Ich persönlich rechne damit erst im Jahr 2006 oder später.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Verhindert haben das die Landesregierungen, an denen Sie beteiligt sind!)

Das ist unser Land. Dieser Landtag ist für das Land Nordrhein-Westfalen zuständig und nicht für andere Bundesländer. Sie sind hier als Landesregierung gewählt worden, um hier Ihre Schularbeiten zu machen.

(Zuruf von der SPD: Wir haben sie gemacht!)

Herr Innenminister, Herr Ministerpräsident Steinbrück, schließen Sie eine Ressort übergreifende Zielvereinbarung ab. Herr Kuschke, ich wiederhole: eine Ressort übergreifende Zielvereinbarung. NRW muss nicht nur das Bundesland mit den kürzesten Antrags- und Genehmigungsverfahren, NRW muss auch das Bundesland mit der geringsten Kriminalität und den geringsten Opferzahlen werden. Da dieser Landeshaushalt 2004/2005 das nicht erkennen lässt, lehnen wir den Einzelplan 03 ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD: Welch eine Überraschung, Herr Engel!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Engel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der Opposition! So schlecht kann unsere rot-grüne Sicherheitspolitik gar nicht sein, wenn Sie, insbesondere Herr Kruse, wieder einmal mit Halb- und Unwahrheiten argumentieren müssen, um uns anzugreifen.

(Unruhe)

Wenn Sie das nötig haben, Herr Kruse, kann es so schlecht gar nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch von Theo Kruse [CDU])

Ich nenne Ihnen auch hierzu gleich ein Beispiel: In Ihrem Antrag und in Ihren Reden findet sich - übrigens auch bei Herrn Engel - immer wieder die Behauptung, Rot-Grün habe - ich zitiere - „langjährigen Personalabbau“ betrieben. - Herr Kruse und Herr Engel, Sie wissen ganz genau - doch wider besseren Wissens tragen Sie hier

vor -, dass die Polizeistärke in den letzten Jahren nicht reduziert wurde. Der Stellenabbau, den Sie zahlenmäßig richtig aufführen, hängt damit zusammen, dass überzählige Einstellungen abgebaut und Aufgaben reduziert wurden, z. B. die Fluggastkontrolle oder der Regierungsumzug von Bonn nach Berlin. Das hat gar nichts damit zu tun, dass Polizeistärke in Nordrhein-Westfalen reduziert wurde.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich fordere Sie zum wiederholten Male auf: Unterlassen Sie diese Unwahrheiten!

Herr Kruse, auch wenn Sie im Landtag und auf Podiumsdiskussionen immer wieder das hohe Lied auf die wichtige hoheitliche Funktion der Polizei singen: Lesen Sie sich einmal Ihre Anträge durch; darin steht etwas ganz anderes. Zum wiederholten Male fordern Sie in einem Ihrer Anträge, der dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegen hat, die Einführung einer Angestellten-Polizei. Herr Kruse, auch durch Wiederholungen wird diese Forderung aus den Anträgen nicht besser. Sie wissen ganz genau, dass alle Polizeifachleute und auch die Gewerkschaften eine Angestellten-Polizei ablehnen.

(Zurufe von der CDU)

Sie wird mit uns in diesem Land nicht umgesetzt. Sie diskreditieren damit den Objekt- und Personenschutz zu minderwertiger Polizeiarbeit, wie Sie es in Ihrem Antrag suggerieren.

(Widerspruch von der CDU)

Ihre Forderung bedeutet für mich einen Schlag in das Gesicht derer, die Tag für Tag in diesen Polizeibereichen als Polizeivollzugsbeamte für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger eintreten.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Richtig ist - das können Sie an den Zahlen ablesen -: Der Einzelplan 03 steigt. Meine Damen und Herren, er weist eine Steigerung auf - gegen den Trend unseres gesamten Sparhaushaltes. Auch der Unterabschnitt „Polizei“ steigt. Es ist nicht wahr, Herr Kruse, dass hier Politik nach Kassenlage gemacht wird. Das Gegenteil ist wahr. Die Sicherheitspolitik ist eher antizyklisch: Wir satteln hier drauf.

Richtig ist aber auch - das will ich nicht verhehlen -: Wir führen mit diesen Haushaltsberatungen Zumutungen für die Polizistinnen und Polizisten - im Übrigen für alle Beamtinnen und Beamten -

ein. Eine längere Wochenarbeitszeit, Kürzungen beim Weihnachtsgeld, Streichen des Urlaubsgeldes und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit treffen viele hart. Das haben wir in den Debatten nicht verhehlt.

Ich finde es unredlich und halte es für eine ganz falsche und heuchlerische Politik, immer wieder zu fordern, zu verkünden und zu behaupten, dass wir in einem Land, in dem 40 % des Etats Personalausgaben sind, Haushaltskonsolidierung betreiben könnten, ohne Einsparungen am Personaletat vorzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das geht nicht. Das wird immer wieder behauptet. Herr Engel, mit den Ökoproyekten, die Sie immer wieder anführen, verhalten Sie sich unredlich. Sie wissen genau - auch wenn Sie immer wieder die Windkrafttrader anführen -: Kein einziger Landeseuro fließt in die Windkrafttraderförderung.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Sparen Sie sich das und stellen Sie sich den Problemen. NRW ist keine Insel. Wir sind keine Insel der Seligen und können aus dem Füllhorn schöpfen. Versprechen Sie den Beamtinnen und Beamten in unserem Land nicht etwas, was Sie später auch nicht halten können - das wissen Sie ganz genau -, wenn Sie denn hier einmal entscheiden könnten, was hoffentlich nicht eintreten wird.

(Widerspruch von der CDU)

Obwohl wir für die Polizistinnen und die Polizisten wie für alle Beamtinnen und Beamten im Land auch Zumutungen durch diese Notoperation hier einführen, gehen diese Einsparungen, wie Sie auch wissen, nicht zulasten der Sicherheit. Im Gegenteil: Mit diesen Maßnahmen werden zunächst mehr Polizeiressourcen geschaffen, die wir für eine bürgernahe Polizei einsetzen wollen. Ich glaube auch, dass jeder, der diese Einsparmaßnahmen beschließt - und das werden wir tun -, sich der Zukunft stellen muss und sagen: Das ist eine Notoperation, weil einfach die Kassen knapp sind.

Diese Frage werden wir uns jetzt auch stellen: Wie schaffen wir es, unsere Polizeistrukturen, aber auch unsere gesamten Verwaltungsstrukturen effizienter zu machen und die Ressourcen wirtschaftlicher und effizienter auszunutzen?

Genau dieses tun wir bei der Polizei. Wir werden eine Polizeistrukturenreform anfangen. Wir haben dazu eine Kommission eingesetzt. Dabei geht es sowohl um eine effizientere Struktur innerhalb der

Behörden als auch darum, die Anzahl der Behörden deutlich zu verringern, um in der Führung zu zentralisieren, damit Ressourcen zu schaffen und die operativen Ebenen zu stärken und die Präsenz in der Fläche zu stärken.

Ich finde es bedauerlich, Herr Kruse, dass sich Ihre Fraktion dieser notwendigen Debatte verweigert. Das nenne ich verantwortungslos. Aber ich habe in Ihrer Rede eben auch leichte Anzeichen erkennen können, dass wir dazu vielleicht doch in einen offenen Diskurs kommen. Ich würde mir das wünschen.

Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes reicht es nicht, einfach nur Gelder zu streichen und den Leuten etwas wegzunehmen. Darum geht es uns nicht. Wir müssen uns im öffentlichen Dienst auch grundsätzlich der Strukturfrage stellen. Von der Bull-Kommission haben wir einen sehr beeindruckenden und vor allen Dingen auch schonungslosen Bericht vorgelegt bekommen, woran es bei uns krankt.

Eine Hauptursache der Probleme liegt darin, dass wir immer noch ein zweigeteiltes Dienstrecht haben, die Angestellten auf der einen Seite und die Beamten auf der anderen Seite. Das große Ziel - ich glaube, das ist ein Generationenprojekt - ist es, diese Bereiche zusammenzuführen und endlich zu einem einheitlichen Beschäftigtenrecht in Deutschland zu kommen. Damit bauen wir auch Ungerechtigkeiten ab. Damit machen wir unseren öffentlichen Dienst nicht nur gerechter, sondern auch zukunftssicherer. Auch dieser Aufgabe wollen wir uns stellen.

Leider sehe ich auch da keinen Reformeifer bei der CDU. Im Bundesrat und auf Bundesebene hört man immer wieder, dass sich die B-Länder - die CDU-geführten Länder - dieser so wichtigen Zukunftsdebatte komplett verweigern.

Sehr schade finde ich auch, dass hier die Debatten über Sicherheitspolitik leider sehr oft - besonders in den Reden der Opposition - unter Ausschluss des Begriffes „Prävention“ geführt werden. Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Kruse, dass Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Mehr Polizei zu fordern heißt eben nicht, dass wir morgen mehr Sicherheit haben und sich die Kriminalitätsstatistik verändert.

Sicherheit heißt auch, eine vernünftige soziale Infrastruktur zu schaffen und die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort - der Kollege Jentsch hat es gesagt - in den erfolgreichen Ordnungspartnerschaften zu stärken. Auch da wird Sicherheitspolitik präventiv betrieben.

Es reicht auch nicht aus, Videokameras auf jeden Platz zu stellen und den Leuten damit ein vordergründiges Sicherheitsgefühl zu vermitteln. In Großbritannien hat sich gezeigt, dass eine bessere Straßenbeleuchtung oft mehr für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung tut als eine Kamera, die das auch nur suggeriert und nicht wirklich Sicherheit schafft.

Dies alles findet bei Ihnen nicht statt. Das finde ich sehr schade. Denn wir brauchen in der Tat einen Gesamtansatz und nicht nur Ihre eindimensionale Betrachtung von Sicherheitspolitik in unserem Land.

Ich meine, dass wir da gut aufgestellt sind. Wir brauchen uns mit dem Einzelplan 03 wahrlich nicht zu verstecken.

Wenn Sie ehrlich sind, Herr Kruse: Um tatsächlich die erfolgreiche rot-grüne Innenpolitik anzugreifen, fehlen Ihnen wirklich die richtigen Argumente.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Stichwort Flüchtlinge: Der Kollege Jentsch hat es angesprochen. Auch ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wir Grüne stehen in Nordrhein-Westfalen für eine humane Flüchtlingspolitik. Dazu gehört für uns auch eine soziale Infrastruktur mit Beratungsstellen für die Flüchtlinge und psychosozialen Zentren, die Folteropfer betreuen. Diese Netzwerkstruktur, die Kirchen, Verbände und Initiativen anbieten, wollen wir erhalten.

In diesem Haushalt haben wir hier die Ansätze korrigiert. Wir werden dieselben Ansätze wie im letzten Jahr auch für die nächsten beiden Jahre für die Betreuung von Flüchtlingen in unserem Land zur Verfügung stellen.

Da möchte ich mich ausdrücklich auch bei der CDU einmal bedanken, Herr Kruse. Da haben Sie im Innenausschuss zugestimmt. Dass das mit großer Mehrheit beschlossen wurde, lässt hoffen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen auch weiter eine humane Flüchtlingspolitik verfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. - Das Wort hat jetzt der Herr Innenminister Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 schaffen wir Grundlagen für weitere Entwicklungen in der Innenpolitik unseres Landes und verlässliche Grundlagen, um Dinge fort-

zusetzen und auch neu zu entwickeln, die für die Modernisierung unseres Landes notwendig sind.

Das gilt für viele Verwaltungsbereiche, die ich heute nicht ansprechen kann. Das gilt im Übrigen auch für die Fortsetzung der Bemühungen, Herr Engel, zur Modernisierung der Genehmigungsverwaltungen. Es wäre ein Leichtes, Ihnen nachzuweisen, dass nordrhein-westfälische Behörden an der Spitze stehen, wenn es um Genehmigungszeiten bei Großprojekten geht. Dafür gibt es Glückwünsche und Zuspruch jeder Art. Weltweit, hätte ich beinahe gesagt.

Übrigens ist eine der Behörden, die da mit an der Spitze stehen, die Bezirksregierung Düsseldorf. Der Kollege Büssow macht das ja auch öffentlich.

Bei der Gelegenheit, weil hier über Verwaltungsreformen diskutiert wird oder ansatzweise diskutiert wurde, sage ich einmal mit aller Klarheit: Nach meinem Dafürhalten ist das Bündelungsprinzip in der Verwaltung, das Sie hier mit Ihren Überlegungen durchaus infrage stellen wollen, das Erfolgsmodell von moderner Verwaltung überhaupt. Das ist die Erfindung - so habe ich es vor vielen Jahren einmal formuliert - des Lean Managements durch die preußischen Reformer vor 200 Jahren.

Wer das infrage stellt - ich spreche nicht über die Behörde als solche, sondern über das Prinzip von Organisation -, der muss sich warm anziehen. Ich warne Neugierige. Alles wird sehr viel teurer und langwieriger als das Zusammenfassen der Aufgabenwahrnehmung bei Verwaltungen.

Viele Politikbereiche sind vom Haushalt betroffen, die ich nicht ansprechen kann. Der Bereich Flüchtlinge kam hier zur Sprache. Ich will nicht vergessen, darauf hinzuweisen, dass es hier nicht nur um innere Sicherheit und Verwaltungspolitik geht, sondern auch um Menschen, die in unserem Land leben, und zwar teilweise in großen Notlagen. Sie brauchen Beratung und Unterstützung. Das ist wichtig. Das geschieht hier mit dem Einzelplan 03.

An dieser Stelle sage ich nur eines: Was wir dringendst bräuchten, wäre ein modernes neues Zuwanderungsgesetz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN und von Angela Freimuth [FDP])

Das, was ich von den Kollegen der CDU/CSU aus allen Ländern - ich nehme die FDP hier ausdrücklich aus - auf Bundesebene erlebe, ist ein Trauerspiel, wie es im Buche steht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist eine solche Blamage, dass ich darüber hier gern einmal öffentlich diskutieren würde.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Natürlich ist der größte Brocken in diesem Einzelplan die innere Sicherheit. Ich stehe nicht an, zu Beginn meiner Ausführungen zu sagen: Ja, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich tragen große Belastungen. Wir muten ihnen weitere - auch finanzielle - Einschränkungen zu. Das haben wir an anderer Stelle und im Rahmen anderer Debatten hier bereits begründet. Im Interesse des Ganzen und um hier einen ausgeglichen bzw. politisch verantwortbaren Haushalt hinzubekommen, sind sie unverzichtbar. Diese Einschränkungen sind Teil der Einschränkungen, die wir auch anderen Teilen der Gesellschaft zumuten. Ich glaube, deshalb ist das verantwortbar.

Die Opposition - beide Fraktionen - malen hier ein Bild in düsteren Tönen. Herr Kruse hat das Wort "düster" selbst gebraucht. Es war vom Ausverkauf der inneren Sicherheit, von einer Politik nach Kassenlage die Rede. Ich frage Sie: Nach was denn sonst? Sollen wir immer mehr Schulden machen? Müssen wir nicht langsam damit beginnen, uns tatsächlich nach der Kassenlage zu richten? Vom Diktat des Finanzministers haben Sie gesprochen. Liebe Kollegen von der Opposition, wo leben Sie eigentlich? Lesen Sie eigentlich die Zahlen, die im Haushalt 2003 stehen? Haben Sie die einfach nicht zur Kenntnis genommen?

Ich will Ihnen hier an einigen Beispielen die andere Seite der Medaille darstellen. Ich räume ein, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Es gäbe sicherlich auch negative Dinge - ich nenne etwa die Kriminalitätsstatistik - zu berichten. Das werde ich an anderer Stelle wieder tun. Herr Engel, auch wenn Sie es zum wiederholten Male einfordern, werde ich das heute nicht tun.

Ich sage Ihnen: Auch mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 bleibt Nordrhein-Westfalen ein sicheres Land. Dafür steht dieser Haushalt und dafür bietet er eine Grundlage. Ich will das jetzt mit einigen Beispielen ganz konkret belegen.

Trotz aller Sparnotwendigkeiten steigt z. B. der für die innere Sicherheit so bedeutsame Polizeihauhalt in 2004 um insgesamt 2,9 %. In 2005 wird er nochmals - nämlich um 3,6 % - steigen. Der Sachhaushalt - wiederum bezogen auf die Polizei - steigt in 2004 um 4,9 % und in 2005 um 3,7 %. Sie mögen auch an diesen Zahlen ablesen, wie hoch der Stellenwert der inneren Sicherheit ist.

Auch auf die neuen Gefahren, die vom internationalen Terrorismus ausgehen, haben wir spürbar reagiert. Flankierend zu den Maßnahmen des Bundes haben wir die beiden Sicherheitspakete gesetzgeberisch und finanziell auf den Weg gebracht. Wir haben mehr investiert, nämlich jährlich 39,6 Millionen €. Dabei gab es eine Ausnahme, nämlich die Verschiebung im letzten Jahr ans Ende des Fünfjahreszeitraums. Auch in den Jahren 2004 und 2005 setzen wir die Sicherheitspakete unter schwierigsten Haushaltsbedingungen - ich bitte, das einmal zur Kenntnis zu nehmen - in voller Höhe von 39,6 Millionen € um. Innerhalb der Sicherheitspakete werden alle Bereiche - Verfassungsschutz, Katastrophenschutz und Polizei - zusätzlich gestärkt. Beim Verfassungsschutz z. B. beträgt die zusätzliche Mittelbereitstellung 550.000 €.

Im Bereich des Bevölkerungs- und des Katastrophenschutzes sind wir besser als in der Vergangenheit aufgestellt. Im vergangenen Herbst haben wir im Innenministerium eine neue Abteilung gebildet, um die Zusammenarbeit im Lande Nordrhein-Westfalen besser zu organisieren. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern haben wir bei uns im Lande die größte Dichte bei den Berufsfeuerwehren und die größte Zahl von freiwilligen Feuerwehrleuten. Insbesondere den Freiwilligen bin ich für ihren Einsatz besonders dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, wie schwierig es ist, sich unter den schwieriger gewordenen Bedingungen am Arbeitsmarkt hier weiter zu engagieren.

Bei den sieben anerkannten Hilfsorganisationen in unserem Land gibt es ca. 120 Einsatzeinheiten für den Katastrophenschutz. Auch hier gilt deshalb: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen leben sicher. Die Zuwendungen des Landes an die Hilfsorganisationen für den Katastrophenschutz bleiben auch im nächsten Jahr unangetastet. In den vergangenen beiden Jahren haben wir die Beschaffung von 32 Einsatzleitwagen für die Kreise und kreisfreien Städte gefördert. Dieses Programm werden wir fortsetzen. Im Ergebnis wird Nordrhein-Westfalen über eine hochmoderne Führungsausstattung verfügen, durch die es überall im Lande möglich sein wird, auf Großschadensereignisse besser als bisher zu reagieren und sie zu bewältigen.

Die Polizei - um das nicht zu unterschlagen - wird durch die beiden Sicherheitspakete in den nächsten beiden Jahren mit jeweils 13,2 Millionen € allein im Bereich der Technik zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus gestärkt werden.

Auch alle anderen Maßnahmen können sich sehen lassen. Wir werden die Erneuerung des Fuhrparks - es geht um die Funkstreifenwagen - in Kürze abschließen. Insgesamt werden dann 2.000 neue Fahrzeuge im Einsatz sein. Keines dieser Fahrzeuge wird künftig länger als zwei Jahre im Polizeidienst sein. Eine ständige Runderneuerung dieses Einsatzmittels wird damit gewährleistet.

(Beifall von Jürgen Jentsch [SPD])

Lassen Sie es sich hier nochmals gesagt sein; ich habe es an anderer Stelle bereits ausgeführt: Alles, was diesbezüglich über Kilometerbegrenzungen erzählt wird, ist blanker Unfug. Ich bin bereit, Ihnen den Nachweis dafür anzutreten.

Wir haben die Bereitschaftspolizei und die Alarmzüge des Landes mit insgesamt 6.200 neuen Einsatzschutzanzügen ausgestattet. Diese erhält man nicht umsonst oder bei Neckermann. Sie sind sehr teuer. Jede dieser Beamtinnen und jeder dieser Beamten hat heute zwei solcher Anzüge zur Verfügung. All das ist in den letzten Jahren geschehen. Das werden wir fortsetzen. Ich spreche jetzt nicht noch einmal die Unterziehschutzwesten an, für die wir in den letzten Jahren mehr als 30 Millionen € eingestellt haben.

Herr Engel, wir gehen jetzt beim Digitalfunk voran. Ohne das nordrhein-westfälische Engagement - ich gebe zu: zusammen mit Albanien - wären wir heute in Deutschland längst nicht so weit, wie wir es jetzt sind, nämlich kurz vor der Ausschreibung eines solchen Systems.

(Beifall von Jürgen Jentsch [SPD])

Das alles geht darauf zurück, dass in Nordrhein-Westfalen der erforderliche politische Druck ausgeübt wird und dass ich nachweisen kann, dass ich diesen Druck auf der Grundlage von Haushaltsansätzen ausübe, die jetzt in die Haushalte 2004 und 2005 eingestellt werden. Diese praktische Politik für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen wollte ich Ihnen anhand einiger Beispiele hier darstellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich könnte auch noch über die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn in den nächsten Jahren sprechen. Wir sind im Zeitplan und nehmen auch unter schwierigsten finanziellen Bedingungen nichts zurück. Man hätte ja überlegen können, das alles ein wenig zu strecken und für einige Zeit auszusetzen. Das tun wird nicht. Die Kolleginnen und Kollegen in der Polizei, die darauf hoffen und warten und sich auch Beförderungschancen er-

hoffen, können sich auf uns verlassen. Falsch ist - ich habe es mehrfach gesagt und will es deshalb hier nicht wiederholen - die Mär vom angeblichen Personalabbau bei der Polizei, die Sie ständig verbreiten.

Herr Kruse, Sie wollten heute der Polizei unseres Landes mit Ihren Vorschlägen zur öffentlichen Ordnung wieder eine große Masse neuer Aufgaben übertragen, ohne dabei zu sagen, woher Sie das Personal dafür nehmen wollen. So geht das nicht. Sie vertreten hier eine unseriöse Politik für die innere Sicherheit. Damit locken Sie niemanden hinter dem Baum hervor.

(Beifall von Jürgen Jentsch [SPD])

Wir haben in der Vergangenheit Stellen nur dort abgebaut, wo auch Aufgaben abgebaut worden sind. Wir staten jetzt die Polizeibehörden mit zusätzlichen Stellen aus - Sie wissen es ganz genau, weil wir darüber gesprochen haben -, bei denen neue Aufgaben hinzugekommen sind. Als Beispiele nenne ich die Aufgaben auf dem Flughafen Weeze-Laarbruch und im Rahmen der Umsetzung des neuen Waffengesetzes.

Wir werden in den nächsten Jahren, meine Damen und Herren, die Polizei auch organisatorisch erneuern. Ich blicke nach rechts - meine Redezeit geht zu Ende -, ich möchte deshalb dazu nichts weiter sagen. Alles, was ich sonst zu sagen hätte, werde ich an anderer Stelle tun. Ich lade Sie an einen Hyde-Park-Corner ein. Dort können wir die Rede fortsetzen - oder an anderer Stelle im Ausschuss, wo auch immer wir aufeinander treffen.

Mit dem Zahlenwerk des Haushalts 04/05, Einzelplan 03, ist die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen auch in den nächsten beiden Jahren garantiert. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Behrens. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen deshalb zur **Abstimmung**, und zwar über den **Einzelplan 03** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4803. Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe **Bereich 7** auf:

Umwelt und Landesplanung

Damit sind angesprochen der Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - und der Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4810 und 13/4808 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4913 und 13/4914 - Neudruck - sowie der Fraktion der CDU Drucksache 13/4922 zum Einzelplan 10 und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/4937 zum Einzelplan 08.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Kollege Lindlar, CDU-Fraktion.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wasserentnahmeentgeltgesetz muss weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass in diesem Land falsche Akzente gesetzt werden, dann ist es dieses Begleitgesetz zur diesjährigen Haushaltsberatung, mit dem im Jahre 2004 116 Millionen € den Verbrauchern und der Wirtschaft in diesem Land entzogen werden sollen. In diesem Jahr werden es 126 Millionen € sein, weil ein Monat dieses Jahr schon fehlt. Etwa 126 Millionen € werden die Wasserverbraucher in den Privathaushalten und in der Wirtschaft in den nächsten Jahren pro Jahr zu zahlen haben, um einen defizitären Landeshaushalt auszugleichen.

Das ist - das hat eine große Anhörung in diesem Raum mit über 50 Expertinnen und Experten ergeben - eine Existenzgefährdung in weiten Teilen, gerade für mittelständische Industriebetriebe, insbesondere aus dem Bereich der chemischen Industrie.

Meine Frage lautet: Hat es wenigstens Sinn, wenn wir den Menschen in diesem Land, den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft so viel Geld aus der Tasche ziehen? Nein, es hat keinen Sinn, denn alle Sachverständigen bis auf zwei von den 54 haben gesagt: Dieses Wasserentnahmeentgeltgesetz, das Teurer-Machen des Wassers, führt nicht dazu, dass die Menschen weniger Wasser verbrauchen werden.

Das ist auch klar. Nordrhein-Westfalen hat schon seit Jahren die höchsten Wasserkosten - Frischwasser und Abwasser - in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben schon den ge-